

## Anlage 1

Haushaltsrede 2011

Bürgermeister Hermann Temme:

- **Folie 1 (Haushalt 2011)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren Ratsmitglieder, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, sehr geehrte Dame und Herr von der Presse.

Die kommunalen Haushalte waren und sind chronisch unterfinanziert. Der gesamte Staat leistet sich immer noch mehr als er eigentlich darf. Da ist es nicht mehr als ein bisschen Luft zum Durchatmen, wenn ein Aufschwung festzustellen ist, der Konsum wieder ansteigt und die Einnahmequellen der öffentlichen Hand wieder besser sprudeln. Wie bei uns 2010 die Gewerbesteuer, aber dazu komme ich später. Tatsache aber ist, dass etwas am System nicht stimmt, insbesondere nicht für die Kommunen wenn man bedenkt, dass sich alleine die Kassenkredite bei den Gemeinden in NRW auf rd. 20 Milliarden Euro belaufen und nur 8 der 396 Städte und Gemeinden in NRW im Jahr 2011 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können.

Meine Damen und Herren, die Stadt Brakel wird ihren Haushalt 2011 erneut nicht ausgleichen können. Damit befinden wir uns in Gesellschaft von 98% der NRW-Kommunen. Was uns dennoch von vielen Kommunen mit Finanzschwierigkeiten unterscheidet ist, dass wir zum einen absehbar nicht in die Haushaltssicherung geraten und zum anderen weder Kassenkredite in Anspruch genommen haben bzw. eine niedrige Verschuldung aufweisen können. Wir sind also vergleichsweise immer noch gut aufgestellt. Aber meine Damen und Herren, wir müssen in diesem Jahr eine unpopuläre Entscheidung treffen, sollte die Landesregierung unsere Proteste nicht berücksichtigen, schlage ich Ihnen vor, die Hebesätze für die Realsteuern anzuheben auch wenn wir uns natürlich alle gewünscht hätten, sie vermeiden zu können.

Dem Bürger fällt es natürlich schwer, wenn die einen Steuersenkungen versprechen oder beitragsfreie Kindergärten, wir als Kommune aber mit dem Rücken zur Wand stehen und sehen müssen, wie wir unsere Einrichtungen finanzieren. Denn in den Städten und Gemeinden findet das wahre und wirkliche Leben statt, meine Damen und Herren. Unsere Bürger kommen zu uns ins Rathaus und gehen nicht in die Regierungszentralen in Berlin oder Düsseldorf. Aber nun meine Begründung für die Steuererhöhungen:

Innenminister Jäger hat im Dezember in einer Presseerklärung die Aussage gemacht, dass die rot-grüne Landesregierung armen Kommunen wieder mehr finanzielle Handlungsspielräume gewähren will. Lt. IM Jäger müssen verschuldete Kommunen, die keinen Plan haben, wie sie ihr Haushaltsdefizit innerhalb von vier Jahren ausgleichen können, alle freiwilligen Ausgaben genehmigen lassen.

Dies schränke die kommunale Selbstverwaltung erheblich ein und führe häufig zu Einsparungen an falscher Stelle. Lt. Jäger haben nur 8 Kreise und kleine Kommunen in NRW einen ausgeglichenen Haushalt. 137 von 396 Kommunen in NRW leben in einem Nothaushalt. Wie diese Aussage umgesetzt wurde, will ich Ihnen erläutern:

Schockiert haben auch wir in Brakel die am 23.12.2010 veröffentlichten Eckpunkte des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2011 zur Kenntnis genommen. Trotz der anhaltenden kommunalen Finanzkrise ist es uns bisher gelungen, die Verabschiedung eines Haushalts sicherungskonzeptes mit den damit verbundenen Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung zu vermeiden. Voraussetzung hierfür war und ist unsere äußerst sparsame Haushaltsführung, die effektive Einbringung kommunaler Dienstleistungen, verantwortungsvolle Investitionen in die städtische Infrastruktur und nicht zuletzt ein starkes ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Sollte das GFG 2011 in der vorliegenden Form verabschiedet werden, werden den Städten im Kreis Höxter rd. 12,3 Mio. € entzogen.

Die Verschlechterung für Brakel beträgt knapp 3,8 Mio. €. Zwar mussten wir aufgrund der Steuerkraftvergleiche 2010 zu 2011, ohne die gesamte Steuerentwicklung in NRW zu kennen, mit einer Minderzuweisung von bis zu 2,1 Mio. € rechnen, konnten aber die Schnellschüsse der Landesregierung nicht erahnen, die Grunddaten des GFG zu ändern, um somit die aus Brakel 1,7 Mio. € in den kreisfreien Raum zu transferieren.

Meines Erachtens Schnellschüsse waren die Neugewichtung des Soziallastenansatzes und die Anhebung der fiktiven Hebesätze bei der Steuerkraft.

Beim Soziallastenansatz steigt die Gewichtung des Indikators „Zahl der Bedarfsgemeinschaften“ erheblich an. Es ist unbestritten, dass der Hauptgrund für die kommunale Finanzkrise bei den

- Kosten für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und ihre Familien,
- Ausgaben der Kinder- und Jugendhilfe,
- Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und
- Kosten der Hilfe zu Pflege

liegen. Diese Ausgaben haben aber ihre Grundlage auf Bundesebene. Von daher zielen auch die Forderungen nach einem finanziellen Ausgleich in diese Richtung. Die Landesregierung hat aber die Ergebnisse der Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene nicht abgewartet und den Soziallastenansatz umverteilt.

In der Grunddatenanpassung zum GFG 2011 sind auch die fiktiven Hebesätze für die Realsteuern angehoben worden:

- **Folie 2 (Anhebung fiktive Hebesätze)**

|                 |              |              |
|-----------------|--------------|--------------|
| ○ Grundsteuer A | von 192 v.H. | auf 209 v.H. |
| ○ Grundsteuer B | von 381 v.H. | auf 413 v.H. |
| ○ Gewerbesteuer | von 403 v.H. | auf 411 v.H. |

Daraus resultiert für die Stadt eine Mehranrechnung von 333 T€. Festzustellen bleibt, dass sich im Gemeindefinanzierungsgesetz die Feststellung des Finanzbedarfs als auch die Ermittlung der Steuerkraft nicht mehr an den realen Gegebenheiten orientieren. Aus welchem Grund sollte ein Einwohner in den Großstädten mehr wert sein, als in den kleinen Kommunen. Auch müsste für die Berücksichtigung der Realsteuern ein System differenzierter Hebesätze berücksichtigt werden. Einheitliche fiktive Hebesätze bei den Realsteuern zur Bemessung der Steuerkraft entsprechen nicht der unterschiedlichen Realität in den Städten und Gemeinden. Aufgrund ihrer Lage und Wirtschaftsstruktur können Städte und Gemeinden des ländlichen Raums von den Grundstückseigentümern und Unternehmen nicht die gleichen Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer verlangen wie Großstädte. Eine Anhebung der fiktiven Hebesätze in diesem Umfang zwingt die Städte, so auch uns, die tatsächlichen Hebesätze anzuheben, um nicht über die Anrechnung sehr hoher fiktiver Einnahmen „bestraft“ zu werden.

- **Folie 3 (Anhebung Realsteuerhebesätze)**

So sieht der Haushaltsentwurf 2011 vor, die Realsteuerhebesätze bei der

|               |         |              |
|---------------|---------|--------------|
| Grundsteuer A | von 240 | auf 250 v.H. |
| Grundsteuer B | von 381 | auf 413 v.H. |
| Gewerbesteuer | von 400 | auf 411 v.H. |

anzuheben.

Ich bin mir durchaus der Gefahr bewusst, dass eine Erhöhungsspirale in Gang gesetzt wird, da eine entsprechende Entwicklung bei den tatsächlichen Hebesätzen bei der nächsten Anpassung der Grunddaten wiederum eine Anhebung der fiktiven Hebesätze zu Folge haben wird.

Wir **alle** wollen die **Haushaltssicherung**, also die kommunale Insolvenz vermeiden. Das hört sich banal an, ist jedoch als **wichtigste Zielvorgabe** unabdingbar, wenn wir diesen und die nächsten Haushalte unter schwierigen finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hinbekommen wollen.

Ich glaube, auch mit dem Haushalt 2011, den wir Ihnen heute vorlegen, haben wir mit dem einen Auge auf die Weiterentwicklung unserer Stadt und mit dem anderen Auge auf unsere Finanzausstattung geachtet.

Im Gesamthaushalt der Stadt sind rund 5,1 Mio. € an Investitionen eingeplant.

Diese Investitionen werden durch Zuweisungen und Investitionspauschalen finanziert. Den Abschreibungen stehen somit aufzulösende Sonderposten in gleicher Höhe zur Verfügung. Der Haushalt 2011 steht damit ein Musterbeispiel für Generationengerechtigkeit. Kredite werden nicht aufgenommen. Die Haushalte kommender Jahre werden durch Abschreibungen nicht belastet. Lediglich im rentierlichen Bereich von Wasser- und Abwasserwerk sind Kreditaufnahmen von 201 T€ bzw. 713 T€ vorgesehen. Wir haben also unsere Hausaufgaben gemacht, für das Riesendefizit im Ergebnisplan sind zum größten Teil andere verantwortlich.

Investitionsmaßnahmen über 10 T€ sind zu jedem Produkt dargestellt.

- **Folie 4 (Gesamtinvestitionen)**

|  |                    |
|--|--------------------|
| So entfallen auf die Stadt Investitionen von | 1.361.330 €        |
| auf VUBRA (Bäder und Wasserwerk) von         | 427.400 €          |
| auf KUBRA (Bauhof, Gebäude, Straßen) von     | <u>3.302.500 €</u> |
| insgesamt:                                   | 5.091.230 €        |

Ich will Ihnen die größeren Investitionen für 2011 einmal vorstellen:

- **Folie 5 (Investitionen Stadt 2011)**

Zunächst die Investitionen von der Stadt: 196 T€ sind für den Grunderwerb eingeplant. Mit einem Mitteleinsatz von 316 T€ soll der Generationenpark Bökendorfer Grund in 2011 fertig gestellt werden. 190 T€ lassen wir uns den Hochwasserschutz kosten. Hier sollen eine Aufhöhung der Bruchsteinmauer Ostmauer und eine Verwallung des Bredenweges weiteren Hochwasserschutz bieten. Für 639 T€ soll Betriebs- und Geschäftsausstattung für alle Produktbereiche beschafft werden. Mit Hilfe der Feuerschutzpauschale wird unsere Feuerwehr aufgerüstet, hier die Löschgruppe Erkeln und der Löschzug Brakel, mit 170 T€ sollen neue Fahrzeuge finanziert werden. Für 25 T€ sollen Gerätschaften erworben werden. Gut 35 T€ setzen wir für unsere EDV-Ausstattung im Rathaus ein, um einem modernen Dienstleistungsunternehmen gerecht zu bleiben. Für 70 T€ sollen neue Medien in den Grundschulen beschafft werden. Die Realschule soll einen neuen Physikraum, die Neueinrichtung des Kunstraumes und interaktive Tafeln für insgesamt 120 T€ erhalten. Das Gymnasium soll mit interaktiven Tafeln für 20 T€ ausgerüstet werden. Auch unsere kleineren Kinder werden bedacht, wie jedes Jahr sollen die Kinderspielplätze für 10 T€ mit neuen Geräten bestückt werden. Mit 10 T€ sollen die Kunstschatze in unserem Museum in Form einer Überwachungsanlage geschützt werden.

- **Folie 6 (Investitionen KUBRA)**

Die Kommunalunternehmen „KUBRA“ investieren 3,3 Mio. € wie folgt: Für insgesamt 59 T€ soll der Bauhof ein neues Fahrzeug und Gerätschaften erhalten

Für das Technische Gebäudemanagement sind an Auszahlungen für Investitionstätigkeit insgesamt 880 T€ vorgesehen. 838 T€ sind für die Gebäudesanierung, 38 T€ für den Grunderwerb und 4 T€ für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bestimmt. Die Einzelmaßnahmen sind zu jedem Produkt im Haushaltsplan aufgelistet.

Das Abwasserwerk investiert rd. 1,5 Mio. €, wobei der Bau eines Retentionsbodenfilters mit 920 T€ die größte Maßnahme ist.

Für den Bereich Straßenbau sind weitere Investitionsauszahlungen in Höhe von 810 T€ geplant.

- **Folie 7 (Investitionen VUBRA)**

Der im kommunalen Versorgungsunternehmen „VUBRA“ angesiedelte Bäderbereich investiert rd. 105 T€. Die Erneuerung der Überlaufrinne im Hallenbad und die Erneuerung der Chloranlage im Sommerbad sind dabei die größten Investitionssummen.

Unser Wasserwerk investiert nach der Planung rd. 321 T€. Hier sind insbesondere die dringende Sanierung von Hochbehältern und Brunnen vorgesehen, um unseren Bürgerinnen und Bürgern auch in der Zukunft hochwertiges Trinkwasser zu einem günstigen Preis anbieten zu können

In den parlamentarischen Beratungen geht es darum zu entscheiden, was genau für Brakels Zukunft und Perspektive wichtig ist. Die Verwaltung hat mit dem Haushalt 2011 ein solides Fundament gesetzt. Wir können Brakel immer noch aus eigener Kraft, mit eigener Anstrengung und Initiative nach vorne bringen. Wir haben noch die Möglichkeit, selbst zu gestalten, selbst zu bestimmen, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln soll.